

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

26.3.1932 (No. 72)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Str. Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen trittfalliger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Konkursverfahren fällt der Fall die Zeitung verpätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Elektrizitätsversorgung, besonders der Landwirtschaft und die Strompreise des Badenwerks

I.
Vom Badenwerk wird mitgeteilt:
Der Sinn aller Technik ist, letzten Endes dem Menschen die Lebensbedingungen zu erleichtern. Es war deshalb kein Wunder, daß dort, wo die schwerste Arbeit geleistet werden muß, nämlich in der Landwirtschaft, das Verlangen nach einer Erleichterung außerordentlich stark war. Viel Ingenieurkunst wurde deshalb aufgewendet, um dem Landwirt durch geeignete Maschinen eine leichtere Bewältigung seiner Arbeit zu ermöglichen. Besonders schwierig war es, die Antriebskraft für diese Maschinen in technisch vollkommenster Weise zu erträglichen Preisen zu beschaffen. In Baden gelang es durch großzügige, mit unermüdlicher Energie betriebene Ausgestaltung eines ausgedehnten elektrischen Überlandnetzes, dem entgegenliegenden Bauernhof eine dauernd bereite Kraftquelle wirtschaftlich zur Verfügung zu stellen. Diese Ingenieurarbeit war für die Volkswirtschaft des Landes Baden deshalb so wertvoll, weil gleichzeitig mit der Durchführung der allgemeinen Elektrizitätsversorgung auch die Heizung der in Baden zur Verfügung stehenden wertvollen Naturkräfte, nämlich der Wasserkraft, Hand in Hand ging.

Dem nach Beendigung der Kriegswirren gerade in landwirtschaftlichen Kreisen auftretenden kühnen Verlangen nach elektrischer Kraft war nicht leicht zu entsprechen, weil die dichtest besiedelten Gebiete des Landes, in denen günstige Absatzmöglichkeiten für die elektrische Arbeit gegeben waren, schon durch Städte und private Unternehmungen versorgt waren. Es blieben daher für die allgemeine Landeselektrizitätsversorgung vorwiegend nur die ausgedehnten, aber dünn besiedelten restlichen Gebiete mit kleinerer Absatzmöglichkeit übrig. Während beispielsweise einzelne Überlandwerke in Baden ein Anlagekapital von nur 15, 18 und 23 Pf. für jede von ihnen nutzbar abgegebene Kilowattstunde aufgewendet haben, liegt infolge der geringen Elektrizitätsdichte des ihr verbliebenen Gebietes für die Landeselektrizitätsversorgung dieser Satz über 41 Pf. Es mußte also die badische Landeselektrizitätsversorgung dem kühnen Verlangen nach Elektrizitätsbelieferung auf denkbar schwieriger wirtschaftlicher Grundlage gerecht werden. Es kann indes festgestellt werden, daß diese Aufgabe befriedigend gelöst worden ist. Heute steht in dem Versorgungsgebiet der badischen Landeselektrizitätsversorgung auch für den entgegenliegenden Bauernhof elektrische Kraft ausreißend und gemessen an anderen Verhältnissen, außerordentlich preiswert zur Verfügung. Während das Badenwerk infolge der geschiedenen ungleichen Verhältnisse in dem von ihm versorgten Gebiet pro Mark Anlagekapital eine Einnahme von nur 16 Pf. erzielt, beträgt dieser Satz bei anderen badischen Elektrizitätsunternehmungen zum Teil über 50 Pf.; in einem Fall sogar über 80 Pf.

Trotz aller bei der Errichtung der Landeselektrizitätsversorgung aufgetretenen Schwierigkeiten, es sei nur an die Inflation sowie den ungeheuren Materialmangel erinnert, der in weitgehendem Maße zur Verwendung von unangenehmen Ersatzmaterialien zwang, ist es gelungen, von Anfang an die Strompreise in für den Abnehmer erträglichen Grenzen zu halten und sie während der nunmehr über 10jährigen Entwicklung für den Abnehmer immer günstiger zu gestalten. In welchem Ausmaß dies geschehen konnte, zeigt die folgende Entwicklung der Kleinabnehmerpreise des Badenwerkes sowie seiner Einnahmen aus dem Verkauf an Kleinverbraucher.

Änderungen des Tarifes für Kleinabnehmer in der Zeit vom 1. Dezember 1923 bis Anfang März 1932.

Haushaltstarif		Zählertarif	
Der Mindestabgabe in Franken je kWh	Wiedererbesch. preis je kWh	Wozugapreis je kWh	Preis je kWh
1. 12. 23. 60	40	—	60
1. 2. 24. 55	40	—	55
1. 5. 24. 55	40	20	55
1. 1. 25. 42-52	35	20	50
1. 4. 26. 42-52	35	15	50-35
1. 4. 30. 42-52	35	12	50-25
1. 2. 31. 42-52	30 bzw. 25*	12	50-25
1. 3. 32. 42-52	27 bzw. 25*	10 bzw. 8*	45-25

Kraftstromtarif

Für Motoren bis 100 kW	jährlich 100 Benutzungsstunden				Für Motoren über 100 kW
	Monatlich	3 Monate	6 Monate	Jährlich	
1. 12. 23. 40	240	400	840	1080	—
1. 2. 24. 35	210	350	735	945	—
1. 5. 24. 35	210	350	735	945	20
1. 1. 25. 35	210	350	735	945	20
1. 4. 26. 35	210	350	735	945	15
1. 4. 30. 35	210	350	735	945	12
1. 2. 31. 30	180	300	630	810	12
1. 3. 32. 20	120	200	400	520	20-12

* bei vollerelektrischer Heize.

Letzte Nachrichten

Die Reparationsfrage Amerika erwartet Verständigung

WTB, Washington, 26. März. (Tel.) Der Präsident der Handelskammer in Washington, Elias S. Strawn, erklärte in einem Bericht über seine Europareise, eine gewisse Hoffnung auf eine Verständigung in der Reparationsfrage, die nach wie vor das dringende Problem der Weltwirtschaft sei, liege darin, daß sowohl Reichspräsident Dr. Brüning als auch Tardieu realistisch denkende Staatsmänner seien, die Verständnis für den von beiden Regierungen eingenommenen Standpunkt in dieser Frage hätten. Es sei besonders anzuerkennen, daß Deutschland alle Anstrengungen mache, seine privaten Schuldverpflichtungen zu erfüllen.

Der Schmuggel an der Pfalzgrenze

DJ, Kaiserslautern, 26. März. (Tel.) Wie das Hauptzollamt mitteilt, konnten die Zollbehörden der Pfalz zusammen mit den Polizei- und Gendarmeriestationen in den Jahren 1930/31 in der Pfalz etwa 1100 Strafanzeigen wegen Schmuggels erlassen. In dieser Zeit wurden insgesamt 426 500 Wädelchen Zigarettenpapier, 180 000 Zigaretten und 4 1/2 Zentner Rauchtabak eingezogen. Der Abgabewert betrug etwa 205 000 RM.

„Graf Zeppelin“ wieder auf dem Heimweg
WTB, Bernau, 26. März. (Tel.) „Graf Zeppelin“ ist heute Nacht 12.58 Uhr zur Rückfahrt nach Friedrichshafen aufgestiegen.

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte im Jahre 1931

Am 31. Dezember 1931 liefen 155 514 RM Ruhegelder mit 25 316 RM Kinderzuschüssen, 72 473 RM Witwen- und Waisenrenten und 40 258 RM Pensionen. Der Gesamtaufwand für Rentenleistungen, Zuschüssen und Beitragserstattungen betrug im Jahre 1931 220,3 Millionen Reichsmark.

Nach dem Stand vom 31. Dezember 1931 betrug die monatliche Rentenleistung 16,6 Millionen Reichsmark. Es gingen 136 346 (132 802 in 1930) Anträge von Versicherten auf Gewährung eines Heilverfahrens ein. Es wurden für die Gesundheitsfürsorge insgesamt 29,9 Millionen Reichsmark (1930 27,1) aufgewendet.

Die Gesamtbeitragsentnahme belief sich auf 348,4 Millionen Reichsmark (1930 355,1). Der Beitragsrückgang ist auf die starke Stellenlosigkeit der Angestellten und auf das Sinken der Gehälter und Löhne zurückzuführen. Die Beiträge machen etwa 5 Prozent des durchschnittlichen Monatsverdienstes aus gegen 7 Prozent in der Vorkriegszeit. Die Zahl der Versicherten wird für das Ende des Jahres 1931 auf 3,1 Millionen geschätzt.

Die Anlegung der Rücklagen erfolgte nach den bisherigen Grundförmeln wertständig auf Goldmarkgrundlage. Der Förderung des Wohnungsbaues wurde wiederum besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Gesamtneuanlage für Wohnungsbau betrug sich auf 128 Millionen Reichsmark.

Der Verwaltungsaufwand betrug 2,8 v. H. der Gesamteinnahmen.

Es betragen die Durchschnittseinnahmen je Kilowattstunde aus dem Verkauf:

im Geschäftsjahr	1924/25	40,0 Dpf./kWh	sonach Rückgang in %
1925/26	35,0	—	12,5 %
1926/27	32,5	—	18,7 %
1927/28	31,5	—	21,2 %
1928/29	31,0	—	22,5 %
1929/30	30,31	—	24,2 %
1930/31	29,96	—	25,0 %

Die Auswirkung der dauernden Preislenkung soll auch noch an Hand einiger aus der Fülle der vorhandenen landwirtschaftlichen Anlagen herausgegriffener Durchschnittsabnehmer dargestellt werden.

Anlage	in R. in D. . . .	in R. in D. . . .	Durchschnittl. Bezr.
1. 1. 23. in R. . . .	60	60	28 kWh
1. 2. 24. in D. . . .	55	55	20 kWh
1. 3. 32. in R. . . .	45	45	11 kWh

Monatliche Ausgaben

Monat	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931
1. 12. 1923	13,60	13,60	9,90	9,90	5,50	5,50	5,50	5,50	5,50
1. 2. 1924	12,65	12,65	9,27	9,27	5,15	5,15	5,15	5,15	5,15
1. 5. 1924	11,05	11,05	7,98	7,98	4,75	4,75	4,75	4,75	4,75
1. 1. 1925	10,77	10,77	7,62	7,62	4,52	4,52	4,52	4,52	4,52
1. 4. 1926	10,42	10,42	7,32	7,32	4,42	4,42	4,42	4,42	4,42
1. 4. 1930	10,21	10,21	7,14	7,14	4,26	4,26	4,26	4,26	4,26
1. 2. 1931	9,44	9,44	6,64	6,64	4,14	4,14	4,14	4,14	4,14
1. 3. 1932	9,13	9,13	6,40	6,40	3,96	3,96	3,96	3,96	3,96

Es betragen somit die Durchschnittswerte . . . 4,47 = 33,7%, 3,50 = 25%, 1,54 = 28%.

Diese Beispiele zeigen deutlich, welche gewaltige Verbilligung das Badenwerk durch seine dauernden Tarifverbesserungen seinen Abnehmern gebracht hat. Man darf wohl behaupten, daß die Preislenkung des Badenwerkes mit der günstigsten Entwicklung der Preise irgendwelcher Art Schritt gehalten, ja sie übertrifft hat.

* Zur politischen Lage

Oster-Burgfriede

Die Karwoche ist im großen und ganzen politisch ruhig verlaufen. Fast könnte man annehmen, die Menschheit sei auf einmal für die milde Lehre des Christentums zugänglicher geworden und rüste sich in Frieden zum großen Feste der Auferstehung. Aber leider sind es doch mehr zufällige Ereignisse und Umstände, die diese Ruhe hervorgerufen haben. Abgesehen von Deutschland, wo das Gebot des Reichspräsidenten den Oster-Burgfrieden bis zum 3. April in aller Form verkündet hat.

In der ganzen Welt befinden sich die Politiker in einem Zustand müder Erwartung. Dem hoffnungslose Verzweiflung ist ja ein Begriff, den die Politik nicht kennt; sonst müßte sie sich selbst aufgeben. Zweifellos offenbart sich in dieser müden Erwartung eine Art Osterhoffnung, nämlich der Glaube, daß es doch noch gelingen könnte, den Frieden auf der Welt für alle Ewigkeit zu sichern und die Wohlfahrt der Völker neu zu begründen. Dort, wo der christliche Glaube herrscht, müssen ja derartige Gedankengänge den Politiker befehlen.

Aber nicht umsonst wird die Politik gerade des Landes, von dem schließlich der Friede und das Glück der Zukunft abhängen, in der Hauptsache von Männern regiert, die zum Christentum entweder gar keine oder doch nur eine sehr lockere Beziehung haben. Frankreich ist nun einmal seit den Tagen der großen Revolution das Land des Freidenkertums, des antichristlichen Rationalismus. Vergessen wir nie, daß der markanteste, französische Staatsmann der letzten Zeit, der jüngst verstorbene Briand, ein Gegner der Kirche war. Und so ähnlich wie er denken die meisten führenden Politiker in Paris.

Der Gedanke des Auferstehungsfestes ist wahrlich weit entfernt von Selbststucht und Eroberertum. Die Auferstehung Christi war ja nichts anderes, als eine neue Bekräftigung jener göttlichen Hilfsbereitschaft, die von Anfang an das Tun des Heilands bestimmte. Im Dienste der Menschheit vollzog sich diese Auferstehung. Nicht um des eigenen Heils, sondern um des Heils der anderen willen!

Briand, der Freidenker, hat oft genug paneuropäische und kosmopolitische Ideen in seinen Reden und Gesprächen entwickelt; aber kein Kundiger konnte sich darüber hinwegtäuschen lassen, daß dieser Kosmopolitismus, dieses Paneuropa, immer nur als etwas von Frankreich Beherrschtes gedacht war. Die faktische Suprematie Frankreichs sollte in seinen Kanälen die Gesamtheit Europas durchdringen. Sie sollte als Wohltat empfunden werden, wo sie doch nichts anderes war, als herrschaftlicher Zwang, und sie sollte eine Einmütigkeit schaffen, die aber nichts anderes gewesen wäre, als die Einmütigkeit der Untervorbenen dem Herrscher gegenüber.

Besprechungen in Paris

Die Hoffnung, daß Frankreich eines Tages doch noch zur Besinnung kommt, dürfen wir trotz alledem nicht verlieren. Sie und da gibt es ja auch immer wieder irgendein Anzeichen, das einer solchen Hoffnung neue Nahrung zuführt. Man weiß nicht recht, ob man die Besprechungen, die der amerikanische Botschafter in Berlin, Herr Sackett, in Paris mit Tardieu und anderen maßgebenden französischen Politikern und Finanzleuten gehabt hat, als ein solches Anzeichen betrachten darf. Diese Besprechungen haben sich auf die Reparationsfrage und im Zusammenhang damit auf das deutsche Finanzproblem schließlich bezogen.

Herr Sackett wünscht die deutsche Wirtschaft durch eine große Kreditaktion wieder anzukurbeln. Daß ein Ausländer überhaupt einen solchen Wunsch hegt, ist außerordentlich erfreulich. Daß er sogar von sich aus Schritte unternimmt, um ihn in irgendeiner Weise zu verwirklichen, verdient unseren herzlichsten Dank und unsere besondere Anerkennung.

Ob Herrn Sackett ein Erfolg in Paris beschieden gewesen ist? Selbstverständlich kann uns nur mit einem langfristigen Kredit gedient sein, mit einem Kredit, dessen Verzinsung und Abtragung uns nicht von neuem an allen Händen und Füßen bindet. Wir sind gerade verschuldet genug, und eine der nächsten Aufgaben der deutschen Finanzpolitik wird es sein, die drückende Last, die schon an und für sich durch die vorhandenen, langfristigen Kredite auf uns ruht, in irgendeiner Form zu mildern. Daß die deutsche Wirtschaft im Kern gesund ist, und neue

langfristige Kredite keineswegs Kredite a fonds perdu wären, das weiß die ganze Welt. Die Frage ist nur die, ob Frankreich bereit ist, sich ehrlich an einem solchen Geschäft zu beteiligen. Bisher hat es eine solche Beteiligung abgelehnt, weil es dafür noch einen Extra-Kaufpreis auf politischem Gebiet verlangte. Und diesen Kaufpreis wird keine deutsche Regierung zahlen können und zahlen wollen.

Der neue Reichsetat

Wie sehr sich die Reichsregierung weiterhin bemüht, durch eine Politik äußerster Sparsamkeit das Vertrauen zu Deutschland zu stärken, ergibt sich aus den Mitteilungen, die jetzt über den neuen Reichsetat in die Öffentlichkeit gelangen. Das neue Etatsjahr wird bekanntlich erst am 1. Juli beginnen. Doch ist der Haushaltsplan heute schon in großen Zügen ausgearbeitet. Wie es heißt, wird er im Vergleich zum vorjährigen, der ja schon gewaltige Ersparnisse aufwies, eine neue Ausgabeverminderung bringen. Man rechnet für den neuen Etat mit einer Ersparnis von mindestens 800 Millionen Reichsmark.

Reparationszahlungen sind in den neuen Etat erst gar nicht eingeplant worden, da wir sie ja doch nicht zahlen können. Die Welt wird mit dieser Nichteinsetzung in den Etat vor eine vollendete Tatsache gestellt werden.

Der Konflikt mit Litauen

Die Litauer haben sich in Memel nicht im mindesten um die Vorschriften der Signatarmächte gekümmert. Sie haben deren Note zunächst einmal in ihrem Sinne interpretiert, und sie sind dann dazu übergegangen, die ganze Aktion zu ignorieren oder lächerlich zu machen. Sie haben nämlich kurzer Hand den memelländischen Landtag aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben.

Das ist eine Herausforderung. Und, wenn vielleicht die eine oder andere der Signatarmächte sie sich gefallen lassen wird, so wird Deutschland sie sich bestimmt nicht gefallen lassen. Die Reichsregierung hat bereits die nötigen Schritte getan, um ihren Protest gegen das eigenmächtige und rechtswidrige Vorgehen der Litauer zur Geltung zu bringen.

Für das Verhalten der Litauer gibt es nur zwei Erklärungsansätze. Entweder handeln sie in selbstbewusster Frechheit und geben sich der Hoffnung hin, daß es im äußersten Falle doch niemandem einfallen wird, ihnen auf die Finger zu klopfen, oder aber sie sind hinterher von einer der Signatarmächte zu ihrer Provokationspolitik ermuntert worden. Wir hätten dann wieder einmal den Fall zu registrieren, daß von einer Regierung vornehmlich pompöse Erklärungen abgegeben werden, hinter den Kulissen aber auf geheimdiplomatischem Wege eine Abschwächung oder gar Annullierung dieser Erklärung erfolgt.

Das irische Problem

In Irland ist durch die Wahlen der radikal-nationalistischen Flügel unter der Führung de Valeras zur Macht gelangt. Und man muß den Siegern des Wahlkampfes beifügen, daß sie gleich von vornherein über ihre Anschauungen und Bestrebungen nicht den geringsten Zweifel aufkommen ließen. De Valera hat dem britischen Kabinett Mitteilungen gemacht, die auf nichts anderes hinauslaufen, als auf die Ankündigung der völligen Selbstständigkeit Irlands.

Die britische Regierung hat darauf die einzig mögliche Antwort erteilt, daß sie auf der Einhaltung des irischen

englischen Vertrages bestehen müsse, daß der Treueid Irlands ein integrierender Bestandteil dieses Vertrags sei, und daß auch sonst an diesem Vertrag nicht gerüttelt werden dürfe. Damit ist der Gegensatz in klarer Form herausgearbeitet. Selbstverständlich wird kein englisches Kabinett die Hand dazu bieten, daß Irland sich völlig aus dem britischen Staatsverband herauslöst. Andererseits wird es sehr schwierig sein, einem aufstrebenden Irland gegenüber die Anerkennung der britischen Staatsoberhoheit abzurufen. Die britische Politik steht hier vor einem sehr unangenehmen Problem.

Vom badischen Staatshaushalt

Aus den Einzelheiten des Finanzgesetzes, das die badische Regierung dem Landtag jetzt hat zugehen lassen, ergibt sich ein Gesamtschuldenbetrag von 6 922 000 RM. Die Deckung ist so gedacht, daß sie aus den Zahlungen des Reiches, in erster Linie aus der Eisenbahnrestabundung, und durch Ersparnisse im Verlauf des Etatsjahres erfolgt.

Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, daß die Staatsschuldenverwaltung ermächtigt werden soll, für Rechnung der Amortisationskasse in inländischer oder ausländischer Währung im Inland oder Ausland auf dem Anleiheweg die Mittel aufzubringen, die unter Umständen zu einer vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der allgemeinen Staatsverwaltung gebraucht werden. Es ist das eine fürsorgliche Maßnahme, die wohl überlegt ist und sicherlich auch die Zustimmung des Landtags finden wird.

Im ganzen läßt sich sagen, daß bei einem Etat, der in seinen Einnahmen mit rund 425,5 Millionen und in seinen Ausgaben mit 431 Millionen abschließt, ein Fehlbetrag von rund 7 Millionen Reichsmark nichts Aufregendes ist. Berücksichtigt man die außergewöhnlichen Nöte unserer Zeit, die großen Schwierigkeiten, mit denen die Finanzpolitik der Länder zu kämpfen hat, und berücksichtigt man weiter, daß eine Deckung dieses Fehlbetrags ja im wesentlichen bereits in fester Aussicht steht, dann ist man wirklich berechtigt, der badischen Finanzgebarung ein gutes Zeugnis auszustellen und ihr zu befehlen, daß sie auch in kritischen Zeiträumen ihren alten Ruf der Solidität gewahrt hat.

Kurze Nachrichten

Die Braunschweiger Hitler-Kundgebung verboten. Der Reichsinnenminister Dr. Goerner hat die Stadthallenleitung der Nationalsozialisten in Braunschweig, in der Adolf Hitler, General Litzmann und Minister Klages sprechen sollten, wegen des Osterburgfriedens verboten. Die Reichsführertragung der Hitlerjungen findet im kleinsten Rahmen statt.

Abbau der weltlichen Schulen in Braunschweig. Der braunschweigische Minister für Volksbildung hat verfügt, daß mit Ablauf des Schuljahres 1931 in Braunschweig, Wolfenbüttel und Schöningen die Errichtung von Sammellassen sowie die Neuaufnahme von Kindern in Sammelschulen (weltliche Schulen) eingestellt wird.

Der Etat der Stadt Stuttgart. Die Stadtverwaltung Stuttgart hat dem Gemeinderat den jährlichen Etat für 1932 vorgelegt, der mit einem Defizit von 4,9 Millionen Reichsmark abschließt. Die Gesamtsumme der Ausgaben im ordentlichen Haushalt weist einen Bedarf von 132 Millionen Reichsmark auf, von der allein auf das Wohlfahrts- und Fürsorgewesen 21,1 Millionen Reichsmark entfallen.

Durch einen Streik im nordwestböhmisches Braunkohlenrevier sind bisher 12 Schächte stillgelegt worden. Die Arbeiter beschäftigen, den Streik über das ganze Land auszudehnen.

Aus dem badischen Staatshaushaltsplan

Voranschlag des Kultusministeriums

Der Voranschlag des Kultusministeriums des Kultus und Unterrichts umfaßt 136 Seiten. Das Ministerium selbst beansprucht an fortwährenden Ausgaben jährlich 818 550 RM. (weniger 229 120 RM.).

Das Kultusbudget sieht vor: Dotation des Erzbistums 1 082 150 RM. (weniger 859 780 RM.), darunter zur Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer 695 250 RM. (weniger 277 200 RM.). Für den Alt Katholischen Kultus sind eingestellt 41 750 RM. (weniger 11 800 RM.), für den Evangelischen Kultus 691 050 RM. (weniger 346 040 RM.), darunter zur Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer 462 050 RM. (weniger 324 300 RM.). Der Jüdische Kultus ist mit 16 850 RM. (weniger 8250 RM.) bedacht, die Freireligiöse Landesgemeinde mit 2100 RM. (weniger 1200 RM.). Insgesamt betragen die fortwährenden Ausgaben für Kultuszwecke 1 893 900 RM. Es ist eine Verminderung um 727 070 RM. eingetreten.

Im Budget des Unterrichtsministeriums sind für die Landesturnanstalt, das Fortbildungsschullehrerinnenseminar und das Handarbeitslehrerinnenseminar nur 75 650 RM. jährlich angefordert gegen bisher 215 080 RM. Wegen der großen Zahl der unbeschäftigten Handarbeitslehrerinnen ist der Zugang zum Handarbeitslehrerinnenseminar bis auf weiteres gesperrt. Die Lehrkräfte der Anstalt werden während dieser Zeit anderen Schulen zur Dienstleistung zugewiesen. Das Haus- und Küchenpersonal des Handarbeitslehrerinnenseminars wird entlassen.

Das Budget der badischen Hochschulen

Für die Universität Heidelberg betragen im ordentlichen Haushalt die fortwährenden Ausgaben jährlich 5 054 850 RM. (weniger 1 805 290 RM.). Die Einsparung am Besoldungsaufwand der Beamten und Angestellten durch die Kürzungen beträgt jährlich 475 560 RM. Die Einnahmen haben sich um rund 90 000 RM. auf 3 445 000 RM. vermindert. Somit ist ein jährlicher Zuschuß von 1 609 850 RM. erforderlich.

Für die Universität Freiburg betragen im ordentlichen Haushalt die fortwährenden Ausgaben jährlich 5 128 500 RM. (weniger 629 540 RM.). Hier bezieht sich die Einsparung am Besoldungsaufwand auf jährlich 479 960 RM. An jährlichen Einnahmen sind 3 448 500 RM. eingestellt, was eine Verminderung um 453 120 RM. bedeutet. Der Zuschuß stellt sich sonach auf 1 680 000 RM.

Der Voranschlag der Technischen Hochschule Karlsruhe verzeichnet an fortwährenden Ausgaben jährlich 1 394 550 RM. (weniger 390 670 RM.); die Einsparung am Besoldungsaufwand beträgt jährlich 240 165 RM. Die Einnahmen besitzern sich auf 290 900 RM. (mehr 101 600 RM.). Die Mehrausgaben beziffern sich demnach auf 1 103 650 RM.

An einmaligen Ausgaben sind vorgesehen: Stipendiengewährung und soziale Fürsorge für Studierende der Hochschulen 70 000 RM., Errichtung eines Hörsaalgebäudes für die Universität Heidelberg (Schuman-Bau), Süßlängel 200 000 RM. (im Haushaltsplan für 1930/31 sind 2,2 Millionen Reichsmark bewilligt worden, wovon für das Hörsaalgebäude 1,8 Millionen verwendet wurden, so daß zu dem verbleibenden Kreditrest von 400 000 RM. noch als weitere Bauante 200 000 RM. zur Anforderung gelangen), für den Neubau der Universitäts-Kliniken in Freiburg als 4. Teilforderung für Geländeerwerbskosten 215 500 RM., für Instandsetzung eines Teiles der freigegebenen alten Almsiedelgebäude in Freiburg 45 000 RM.

Aus der badischen Volksschule

Auf den Kreis- und Stadtschulämtern sind 51 (bisher 54) planmäßige Beamte tätig. Dazu kommen zwei außerplanmäßige Beamte, bisher vier. Die Zahl der an den Volksschulen wirkenden planmäßigen Beamten beträgt 5142 (bisher 5318), die der außerplanmäßigen Beamten 1345 (bisher 1403). Die Fortbildungsschulen beschäftigen 534 (bisher 569) planmäßige und 130 (bisher 147) außerplanmäßige Beamte. Unter den einmaligen Ausgaben erscheinen Zuschüsse an Frauenarbeitschulen und allgemeine Frauenchulen in Gesamthöhe von 10 000 RM. Die Einsparung am Besoldungsaufwand beträgt für das Kapitel 9 (Volksschulwesen) insgesamt 7 777 161 RM. jährlich.

Karlsruher Konzerte

Es ist nochmals zu sagen: Bei den nun beendeten Prüfungskonzerten der Badischen Musikhochschule gab es mitunter auch Leistungen, die das Publikum respektvoll zwar, aber allem Anschein nach doch innerlich unbeteiligt und etwas gelangweilt an sich vorbeiziehen ließ. Es waren das zumeist Aufgaben, deren endgültigen künstlerischen Gelingen man freilich mit berechtigter Skepsis begegnen mußte, weil sie von vornherein zu schwer gewichtet dünkten. Musikalische Werte und Begabungswerte dürfen jedoch nie in einem kraßen Mißverhältnis stehen, ja, es bedarf kaum eines besonders hellhörigen Auditoriums, um zum Beispiel zu bemerken, daß die vier ersten Gesänge von Brahms keine Angelegenheit für Jugendliche sind. Solch wenig befriedigende und sicherlich niemand dienliche Resultate sollte man deshalb erst gar nicht wagen, zumal sie bei der Fülle des sonst reichlich und wirklich gut Gehörten keine Notwendigkeit sind und schließlich nur den Aktualitätsreiz mindern, der diesen Veranstaltungen unbedingt zukommt. Das hat zuletzt noch das

Schlusskonzert

Bewiesen, das eine zahlreiche Zuhörerschaft zu teilnehmendem Mitgehen und zu ehrlicher Begeisterung brachte und damit den einen oder anderen matten Eindruck der Vorabende wieder weitmachte. Sein Schwerpunkt lag bei Mozart und Beethoven, also immerhin bei Meistern, die gleichfalls schon recht ordentliches Können und eine bestimmtere Grundausfassung voraussetzen. Aber beides ist jugendlichem Empfinden nicht entgegengekehrt, und ob nun der junge Spieler dem Wesen und den Absichten der Werke wie ein gereifter Solist nahekommt, schließt seinerseits eine Vortragsmöglichkeit noch keineswegs aus. Zudem hatte das begleitende Kammerorchester es stets in der Hand, allzu überschüssiges Temperament zu zügeln und zu einer schön gerundeten Gesamtdarbietung mitzuhelfen, die fast in jedem Fall auch die Kritik berechtigte, nicht bloß einen höflichen Achtungserfolg zu buchen. Wie nenn man Liselotte Kael, die ein Mozart-Konzert spielte, sowie Gertrud Buggle, die in Beethovens Opus 52 pianistisch sich bewährte, und wollen auch die beiden jungen Dirigenten-Anwärter Roland Buch und Walter Schlageter nicht ganz verzeihen, die dabei mit Verständnis tätig waren.

Das vorletzte, das

VII. Sinfoniekonzert des badischen Landestheaterorchesters

kündigte als Hauptwerk, also als ein Werk, das dem Abend besonderes Gewicht geben sollte, Regers Violin-Suite an. Es

war immerhin eine schöne Geste von Fritz Busch, daß er auch jetzt wieder bei seinem Dirigentenspiel gerade Regers die Treue halten wollte; doch mancher hätte wohl lieber statt dieser schwachen Schöpfung sich eines der bekannteren und viel bedeutenderen Variationen-Stücke gewünscht. Wie dem aber auch sei, jedenfalls fühlte man sogar bei solch dürftigem Gehalt die starke innere Verbundenheit des Interpreten mit dem Schöpfer, ja es ist schon zu sagen, daß man überhaupt kaum sich einen besseren Ausdeuter dafür denken kann. Trotz aller berechtigten Einwendungen gegen den Versuch einer Klangmalerei im wörtlichsten Sinne — das wird immer ein Stein des Anstoßes bleiben — entfehlte daher die schledthin geniale Wiedergabe freventlichster Beifall, der selbst nach der Wiederholung des letzten und formal alldämonischen Satzes nur schwer zu beschwichtigen war. Der Abend stand überhaupt im Zeichen einer außergewöhnlich lebhaften Regsamkeit der Zuhörer. So hatte gleich die „Oberon“-Overtüre ungemein gezündet, weil freilich schon hier der Dresdener Generalmusikdirektor alles Nötige mitbrachte: Eine sehr sachliche, peinlich sorgsame Orchesterbehandlung und doch eine echt musikalische Betätigung, die wärmt und leuchtet. Auch bei Beethovens Fünfter erlaube er sich keinerlei Gewalttätigkeit und brachte dennoch einen kolossalen Eindruck zustande. Nichts schien irgendwie zurechtgemacht, jede abgespielte Note aber mit größter Klugheit dynamisiert bis hin zum energisch hochgetriebenen Schluß-Presto, das die Hörer nochmals zu tiefst aufwühlte. Der Erfolg des Abends, an dem unsere treffliche Staatskapelle sich selbst ehrte, und berechtigten Anteil nehmen durfte, bestätigte die auch von uns früher geäußerte Meinung vollumfänglich, daß die Hinzuziehung berühmter Dirigentenpersönlichkeiten dem örtlichen Musikleben und insbesondere den Sinfoniekonzerten einen fruchtbaren und nachhaltigen Auftrieb zu geben vermag.

Der nun seit einer Reihe von Jahren auch hier eingeführte Brauch, den Karfreitag mit einer Darbietung der

Matthäus-Passion

zu begehen, hatte in der städtischen Festhalle wieder Tausende versammelt, die zu einem dankbaren Genuß von Bachs ausgebeutetem Werk kamen. Die Wiedergabe war auch im ganzen recht gut, obwohl die Zusammenfassung der Teile, wie sie diese bekanntlich am stärksten aufgeteilte Schöpfung in besonderem Maße erfordert, nicht immer gelingen wollte. Kaum sonst hat Bach so mit dem Stoff gerungen, bis ihm durch die Wahl der Choräle, mittels der Emordnung und Ausgestaltung der mehr hirschen Zwischenglieder, auch trotz der Auswer-

lung der Zweidrigigkeit und der damit bedingten Zerspaltung der instrumentalen und vokalen Klangfarben endlich doch eine absolut geschlossene Gesamtprägung glückte. Ich glaube aber kaum, daß ein ganz unbeteiligter Hörer von der jetzigen Ausführung diesen Eindruck tiefer Gerundetheit und klarer Einheit unmittelbar erlebte, denn schon im ersten Teil spürte man zu wenig von den lustvoll angelegten Spannungen, die gedietert nach Lösung und Erfüllung drängen. So wurde zwar ein Stückchen Zeit sehr sauber und korrekt mit Bachscher Musik ausgefüllt, doch die notwendige innere Begiertheit der Einzelteile, die Empfindung für deren wahrhaft wunderbaren Organismus fehlte so ziemlich. Das muß einmal gesagt werden, obwohl Dr. Heinz Knoll, der musikalische Leiter, sich sichtlich Mühe gab, doch sein Augenmerk allzu einseitig auf die Chöre richtete und darüber die Struktur des Gesamtwerkes fast vergaß. Wie die Karlsruher Chorvereinigung (Karlsruher Frauenchor und Lehrchorverein) sang, das war freilich wieder eine imponante Leistung, der gegenüber das Solistenensemble einen um so schmerzlichen Stand hatte, da in allerlehter Stunde für die wichtige Sopranpartie noch eine andere Vertreterin herangezogen werden mußte. Aber selbst wenn Emmy Moerscher neben so langjährig bewährten Solisten wie Franz Schuster (Reis), Oth. Kuppinger (Evangelist), Efriede Haberhorn und Adolf Schöpplin (Alt und Bass) sich ebenbürtig behauptet hätte, würde das an dem prinzipiellen Einwand nicht viel ändern, zumal er auch hinsichtlich der Orchesterbehandlung zu gelten hat. Das so fein verarbeitete und sinnreiche System von Vertiefungen, wofür ja auch andere Bach-Werke — Goldberg-Variationen, H-Moll-Messe, Kunst der Fuge — Beispiele genug liefern, erfordert eben zunächst am Dirigentenpult eine Persönlichkeit, die in der Intensität und Intuition ihres Nachschaffens sich voll und ganz mit dem Geiste Bachs vermag. Erst dann erhält auch das richtige Aufgebot der Kräfte, das sonst leicht auseinanderfällt, sein festes und in diesem Sonderfall sogar ein religiös fundiertes Gepräge.

D. Sch.

An der Handelshochschule Mannheim beginnt das Sommersemester am 2. Mai. Das Vorlesungsverzeichnis ist schon erschienen und vom Sekretariat der Handelshochschule (Mannheim C 2. 1) gegen Vorkauf von 60 RM. erhältlich. Der Vorlesungsplan enthält eine Reihe neuer Vorlesungen: Sprachkurse sind vorgegeben für Französisch, Englisch, Italienisch, Spanisch und Russisch, ferner Kurse zur Pflege der deutschen Sprache. Betreffs der Einzelheiten sei auf das Vorlesungsverzeichnis selbst verwiesen.

Badischer Teil

Verbot von Umzügen u. Versammlungen unter freiem Himmel

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Der Minister des Innern hat sich aus Gründen der Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie im Hinblick auf die Reichspräsidentenwahl veranlaßt gesehen, das bestehende Verbot von Ansammlungen und Versammlungen unter freiem Himmel (Propagandafahrten, Umzüge und Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen) bis einschließlich 17. April 1932 zu verlängern. Veranstaltungen gesellschaftlicher, rein sportlicher oder kirchlicher Art, soweit sie harmlos und ohne besonderen politischen Charakter sind, werden durch diese Anordnung nicht getroffen; sie sind aber unter den Voraussetzungen des § 1 der Reichsverordnung vom 28. März 1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen anmeldspflichtig.

Nach Ablauf des allgemeinen Verbots haben nach der eben erwähnten reichsgesetzlichen Bestimmung die Bezirksämter (Polizeipräsidien, Polizeidirektionen) die anmeldspflichtigen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel im Hinblick darauf besonders zu prüfen und im Einzelfall zu genehmigen, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefährdet wird. Hierbei muß bei den gegebenen Verhältnissen ein strenger Maßstab angelegt werden.

Geländeübungen und Märsche

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Durch Anordnung des Ministers des Innern wurde die Geltungsdauer der zunächst bis 31. März befristeten Verordnung vom 8. Dezember 1931 über die Bekämpfung politischer Ausschreitungen, wodurch in der Zeit von 17 Uhr bis 7 Uhr Gelände- und Ordnungsübungen (Geländespiele, Geländesport usw.) sowie Vorbereitungen dazu — soweit sie von Angehörigen politischer Parteien und Organisationen ausgehen — verboten wurden, bis einschließlich 30. Juni 1932 verlängert. Bis zum gleichen Zeitpunkt sind solche Veranstaltungen, wenn sie in der Zeit von 7 Uhr bis 17 Uhr abgehalten werden wollen, bei der zuständigen Polizeibehörde vorher anzumelden.

Verbot von Parteifahrten

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Der Minister des Innern hat zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die Geltungsdauer der Verordnung vom 9. Januar 1932 über die Bekämpfung politischer Ausschreitungen, durch die das öffentliche Zeigen von Parteifahrten bis zum 31. März 1932 verboten wurde, bis einschließlich 17. April 1932 verlängert.

Verbot des Auswärtigen von Branntwein und des Kleinhandels mit Feinbranntwein am Tag des zweiten Wahlgangs der Reichspräsidentenwahl

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Auf Grund des § 15 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (Reichsgesetzblatt I Seite 146) und der Verordnung des Staatsministeriums über den Vollzug des Gaststättengesetzes vom 7. Juli 1930 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 73) wird der Ausfuhr von Branntwein und der Kleinhandel mit Feinbranntwein am Sonntag, den 10. April 1932 (zweiter Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl) bis zum Eintritt der Polizeistunde in Baden verboten.

Das Reichsgericht zum „Sühverbot“

Wie der „Bad. Beob.“ meldet, hat der 4. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig das Verbot der nationalsozialistischen Wälder „Der Führer“ und „Der Alemanne“, das vom Minister des Innern bis zum 29. März erlassen worden war, auf den 26. März, also um vier Tage abgeklärt.

Um die Bierpreisfestsetzung in Baden

Die am Donnerstag in Karlsruhe stattgefundenen Verhandlungen des Preisstimmungs mit der badischen Brauindustrie und den badischen Gastwirten über die Bierpreisfestsetzung sind ergebnislos verlaufen. Die badischen Gastwirte werden ab heute, Sonntag, den 26. März, die Bierpreise um den Betrag der gestiegenen Gemeindegewerbesteuer und der ermäßigten In den Gemeinden, wo die Gemeindegewerbesteuer 10 Pf. pro Hektoliter beträgt, tritt eine Senkung von 2 Pf. pro Drei-Beckel-Literglas ein, in den Gemeinden, wo die örtliche Gewerbesteuer 5 Pf. und weniger beträgt, ermäßigt sich der Preis für das Drei-Beckel-Literglas um 1 Pf.

Aus der badischen Landwirtschaft

Zentraljuchviehmarkt in Offenburg. In Offenburg findet am 10. Mai der alljährliche Zentraljuchviehmarkt statt. Es werden wieder etwa 250 bis 300 Faren und weibliche Juchtiere zum Auftrieb kommen. Ein anerkannter Vorzug liegt in der Bodenständigkeit der Tiere und ihrer Herkunft aus Wirtschaften, die von jeher hohen Wert auf Milchverkauf gelegt haben und so auf Milcherzeugung eingestellt sind. Der Markt findet in der geräumigen Markthalle mit großem Vorplatz statt. Der große Frühjahrsjuchviehmarkt in Weßkirch (Oberbaden) findet am Dienstag, den 3. und Mittwoch, den 4. Mai 1932 statt. Zum Auftrieb gelangen über 500 ausgewählte Faren, Kinder und Kalbinnen mit Abbaumungsnachweisen. Er ist somit günstige Einkaufsgelegenheit für beste Zuchttiere.

Die Lage in der badischen Textilindustrie. Nachdem die Arbeitgeber der Textilindustrie den am 18. März gefällten neuen Schiedsspruch angenommen haben, der eine Verlängerung des Lohnabkommens vom 18. Januar bis zum 7. Mai vorsieht, dürfte nunmehr, da die Gewerkschaften befallentlich den Spruch ablehnen, durch das Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung erfolgen. Durch die Annahme der Arbeitgeber läuft die Arbeit in den Betrieben und die Auszahlung der Löhne in der bisherigen Weise weiter. Es ist zu hoffen, daß auch für die Zeit nach dem 7. Mai die bisherigen Arbeits- und Lohnbedingungen weiter gelten, und daß sich die Produktionsmöglichkeiten der Textilindustrie nicht weiter verschlechtern, damit beide Teile vor neuen Erschütterungen bewahrt bleiben.

Aus der Landeshauptstadt

Trauerfeier. Eine überaus große Trauerversammlung gab am Donnerstag dem verstorbenen Geh. Kommerzienrat Dr. Robert Sinner das letzte Geleit. Man bemerkte u. a. als Vertreter der Stadt Oberbürgermeister Dr. Hinter, als Vertreter des Bezirksamts Polizeipräsident Sauer und als Vertreter der Justizbehörden Oberstaatsanwalt Dr. Grinsheimer. Besonders zahlreich hatten sich die Vertreter von Handel, Gewerbe und Industrie eingefunden. Nach einem Orgelspiel widmete Stadtpfarrer Rohde dem Heimgegangenen einen herzlichen Nachruf. Direktor Dr. Strauß sprach im Auftrage des Aufsichtsrates der Sinner AG. Er unterstrich die hervorragenden Verdienste des Verstorbenen an dem großen Sinner-Werk. Für den Vorstand entbot Direktor Dr. Gündel den letzten Abschiedsgruß, während Betriebsratsvorsitzender Müller namens der Angestellten und Arbeiter einen Kranz niederlegte. Dann bewegte sich ein langer Trauerzug zum Grabe, wo nach den Gebeten des Geistlichen zahlreiche Kränze niedergelegt wurden, u. a. von Professor Astenash namens des Rectors und Senates der Technischen Hochschule und von Direktor Weg für die Badische Bank, sowie von einer großen Reihe Verbänden und Vereinen. — Ein ansehnliches Trauergefolge, darunter vornehmlich Angehörige der Handelskammer, gab ferner am Donnerstag dem dieser Tage verchiedenen Kommerzienrat Richard Gsell, Ehrenpräsident der Handelskammer Karlsruhe, das letzte Geleit. Stadtpfarrer Monden hielt eine zu Herzen gehende Trostansprache. Dann sollte Generalanwaltschaft Nicolai namens der Handelskammer dem verewigten Kollegen einen Nachruf, wobei er ein Lebensbild des zielbewußten, weitsichtigen Kaufmannes, tüchtigen Geschäftsmannes und lebenswürdigen Menschen umriß. Präsident Bollmer beklagte namens des Karlsruher Liederkranzes in dem Entschlafenen den Verlust eines stillen und edlen Förderers der Sängerschaft.

Politische Schlägerei. Am Gründonnerstagabend kam es in einer Wirtschaft in Durlach durch das provozierende Verhalten von Kommunisten zu einer Schlägerei unter den Gästen, so daß die Polizei einschreiten mußte. Drei Personen, die der KPD angehören bzw. nahestehen, wurden als die Hauptschuldigen festgenommen und zur Wache gebracht. Sie gelangten wegen groben Unfugs zur Anzeige. Ein lediger 24 Jahre alter Modellschlosser aus Durlach, der einen der Festgenommenen aus den Händen der Polizei zu befreien suchte und dann seiner eigenen Festnahme lebhaften Widerstand entgegensetzte, wird sich wegen verübter Gefangenenebstreitigkeit und Widerstands zu verantworten haben. — Im Polizeibericht vom 19. März wurde erwähnt, daß am Abend zuvor in der Hans-Thoma-Straße ein Passant von einem Trupp Nationalsozialisten mißhandelt worden sei. Als Täter wurde nun ein lediger 20 Jahre alter Postler von hier ermittelt, der den Mißhandelten, den er von der Schulzeit her kannte, ohne jeden Anlaß im Vorbeigehen angefallen und geschlagen hatte. Der Täter, der geständig ist, geht der verdienten Strafe entgegen.

Der Juwelentraub in Karlsruhe. Wie gemeldet, ist einer des Einbrechertrios flüchtig gegangen. Eine Streife über das Bahnhofsgebäude führte zu der Auffindung des größten Teils der geraubten Schmucksachen, die der Verbrecher weggeschleppt hatte. Der Verbleib von Waren im Werte von etwa 3000 RM konnte noch nicht festgestellt werden. Die beiden verhafteten Komplizen, die aus Münden stammen sollen, haben bereits ein Geständnis abgelegt. Es handelt sich um einen Monteur namens Hellmeyer und um einen Techniker mit Namen Deierlein.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Unter dem Einfluß eines mitteleuropäischen Hochdruckgebietes behielten wir gestern völlig wolkenloses Wetter. Nachts traten im ganzen Lande wieder Fröste auf. Die Gesteine nach lebhaften Ostwinde haben heute etwas abgeklaut und werden mehr nach Süden drehen, da weßlich von England eine große atlantische Zyklone angetrieben ist. Die Wetterlage wird für unser Gebiet voraussichtlich auch über die Osterfeiertage im wesentlichen noch stabil bleiben. Voraussage für die Osterfeiertage: Im wesentlichen noch Fortdauer der bestehenden Witterung, nur zeitweise leicht bewölkt.

Wasserstände: Badshut 168 minus 6, Basel minus 12, Schutterinsel 17 minus 8, Rehl 165 minus 5, Maxau 341 minus 9, Mannheim 209 minus 10, Caub 142 minus 5.

Gemeinderundschau

Neue Kurtage in Titisee. Der Bürgerausschuß der Gemeinde Titisee hat beschlossen, eine Abänderung der Kurtagordnung vorzunehmen. Danach sind in Zukunft von der Einrichtung der Kurtage auf Antrag befreit: Schriftleiter und mit Ausweisen der Schriftleitung verbundene Vertreter auswärtiger Zeitungen und deren Ehefrauen, wenn die Befreiung im kurzfristigen Interesse liegt. Ferner sind jetzt neben den praktizierenden Ärzten auch Zahnärzte für ihre Person von der Entrichtung der Kurtage befreit. Die Grenze für die Befreiung der Kinder von der Kurtag wurde von 8 auf 10 Jahre hinaufgesetzt. Im Winter gelten in Zukunft in allen Häusern die ermäßigten Sätze der Vor- und Nachstation.

Im Gemeinderat Mühlheim wurde von einer Mitteilung des Finanzamtes, wonach der Umbau der ehemaligen Artilleriefabrik durch das Reich unterbleibt, Kenntnis genommen.

Einsparungen in der Überlinger Stadterwaltung. Die durch den Tod des bisherigen Inhabers freigewordene Verwaltungsstelle beim Überlinger Spital wird nicht mehr besetzt. Die Leitung des Spitals hat Bürgermeister Dr. Emerich übernommen. Zeichnungsbefugnis wurde dem Spitalbaumeister erteilt. Die Dienstgeschäfte wurden neu verteilt. Durch diese Maßnahmen werden jährlich etwa 12 000 RM erspart.

Handel und Wirtschaft

Badische Landesbauparlaste Mannheim. Bei der am Mittwoch stattgefundenen achten Baugeldverteilung der Badischen Landesbauparlaste gelangten 95 000 RM zur Verteilung. Berücksichtigt wurden 17 Bauparer. Die Badische Landesbauparlaste hat bis jetzt 1 173 000 RM zugeteilt, die öffentlichen Bauparlasten insgesamt über 20 Millionen Reichsmark.

Ein Kupferabkommen. Die Agentur Delga teilt mit, daß zwischen den Kupferproduzenten ein definitives Abkommen getroffen worden ist, dem sich alle großen Kupferproduzenten der Welt angeschlossen haben und das sich auf den stark zurückgegangenen Konsum im Laufe der letzten Monate bezieht. Auf Grund dieses Abkommens werden die Stocks reduziert werden.

Schwierige Lage des Kreuzer-Konzerns. Wie aus Stockholm gemeldet wird, veröffentlichen die Sachverständigen, die mit der Untersuchung der Lage der AG. Kreuzer & Toll beschäftigt sind, einen ersten Bericht, in dem es u. a. heißt, eine vorläufige Übersicht scheint zu zeigen, daß die Stellung der Gesellschaft nicht zu halten sei. Mit Rücksicht auf die Interessen der Gläubiger werde die Frage geprüft, wie eine Abwicklung ohne eine Realisation des Vermögens erzielt werden könne.

Die Blinden- und Taubstummenanstalten erfordern jährlich 458 250 RM, das ist gegen bisher eine Verminderung um 135 770 RM. Der Staatsbeitrag für in Privatanstalten untergebrachte Kinder hat dagegen eine Erhöhung um 4500 RM auf 59 500 RM erfahren. Die Einsparung am Bewohnungsaufwand beträgt jährlich 75 641 RM. Die Einnahmen der Anstalten für nicht volljährige Kinder sind mit 108 600 RM eingestellt (weniger 20 670 RM). Als einmalige Ausgaben erscheinen für Jugendpflege und Schlichtspiele 35 000 RM. Für Förderung des Studiums und der Ausbildung tüchtiger und bedürftiger Schüler 30 000 RM und für Zuschüsse an Anstalten zur Ausbildung von Kindergärtnerinnen, Jugend- und Hortleiterinnen 10 000 RM, zusammen 75 000 RM gegen 104 000 RM, die bisher unter den fortwährenden Ausgaben angefordert worden waren. — Die Zentralschulfondsverwaltung wird vom 1. April 1932 gemäß einem Landtagsbeschlusse aufgehoben, und die Geschäfte gehen an die Finanzverwaltung (Landeshauptkasse und Domänenamt) über.

Die Klage der Nationalsozialisten gegen Preußen

Vergleich statt Urteil?

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich verhandelte, wie schon gemeldet, am Donnerstag in der verfassungsrechtlichen Streitfrage des Führers der NSDAP, Hitler, und seiner Partei, gegen den Freistaat Preußen, wegen der von den Klägern behaupteten Verletzung der Verfassungswidrigkeit von Anordnungen auf Vornahme von Durchsuchungen und Beschlagnahmen.

Der Vorsitzende, Reichsgerichtspräsident Dr. Sumte, betonte zu Beginn der Verhandlung, daß sich diese zunächst auf den Antrag einer einstweiligen Verfügung erstreckte. Es handele sich jetzt nicht darum, die Dinge politisch zu betrachten, sondern um eine Rechts- und Verfassungsfrage. Zur Frage einer einstweiligen Verfügung in Verfassungstreitigkeiten erklärte Dr. Badt, der Vertreter Preußens, daß die preussische Regierung auch jetzt dies ablehnen müsse. Auf die Frage des Vorsitzenden Dr. Sumte, ob die Sichtung des beschlagnahmten Materials bereits soweit erledigt sei, daß mit der Freigabe gerednet werden könne, erklärte Ministerialdirektor Dr. Badt, es sei Anweisung gegeben, alles nicht mehr benötigte Material herauszugeben. Eine Behinderung des Wahlkampfes sollte ausdrücklich ausgeschlossen werden. In drei bis vier Tagen werde die Gesamtsprüfung beendet sein. Demgegenüber wurde von der Klägersseite mitgeteilt, daß in Preußen wahllos alles Material beschlagnahmt worden sei. Wenn die preussische Regierung die sofortige Herausgabe des Materials verweigere, stehe einer gütlichen Einigung nichts im Wege.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung erklärte Dr. Badt, der konkrete Anlaß für den preussischen Polizeiaktion bilde ein Brief des Reichswachministers vom 8. März an Severing, in dem gesagt wurde, daß in der SA. Wahrnehmungen zu machen seien, die Verordnungen erregten. Am 15. März endlich habe sich Severing genötigt gesehen, die bekannten Maßnahmen zu ergreifen. Dieser Brief wird als eine Willigung des Vorgehens Preußens angesehen.

Nach einer Besprechung über die Möglichkeiten einer gütlichen Einigung erklärte Präsident Sumte, daß er sich auf Grund der Erklärungen, die im Laufe des Verfahrens zustande gekommen seien, entschlossen habe, zu versuchen, den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung durch einen Vergleichsvorschlag zu erledigen. Er könne feststellen, daß er mit beiden Streitparteien darin einig sei, daß es sich mit Rücksicht auf das schwebende Verfahren nicht empfehle, in dem jetzigen Zeitpunkt mit der Verhandlung über den Erlass einer einstweiligen Verfügung fortzufahren. Danach wurde die Sitzung des Staatsgerichtshofs geschlossen.

Schutzmaßnahmen für die Geflügelhaltung

Die sogenannte „Eierverordnung“, die kürzlich vom Reichsrat verabschiedet worden ist, schafft eine der bedeutendsten Voraussetzungen für die Vereinerung des deutschen Eiermarktes. Es ist ferner eine Erweiterung der bisherigen Geflügelmaisation beabsichtigt. Die Abgabe des verbleibenden Geflügelputzers soll vorläufig an alle Geflügelhalter erfolgen, and es ist wahrscheinlich bald mit einer Ergänzung des handelspolitischen Schutzes der deutschen Geflügelhaltung zu rechnen.

Die Verordnung für Handelsklassen für Hühnererier soll die deutschen Geflügelhalter zur Erzeugung hochwertiger Eier erziehen, und sie dadurch konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt machen. Es werden zwei Gütegruppen mit je fünf Gewichtsklassen gebildet. Wer sich den Handelsklassen einordnen will, muß sich dem Kennzeichnungsweg für Eier unterwerfen. Das Recht, Eier zu kennzeichnen, ist jedoch von einer Genehmigung und einer dauernden Kontrolle bis zum Erzeuger zurück abhängig. Der Großhandel muß laufende schriftliche Lieferverträge mit den Erzeugern nachweisen. Der Mindestumsatz muß zwei Millionen Eier betragen.

Verbot einer kommunistischen Zeitung. Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau hat die in Frankfurt erscheinende kommunistische „Arbeiterzeitung“ für die Zeit vom 27. März bis einschließlich 5. April 1932 verboten.

Kleine Chronik

Der bekannte Segeflieger Günther Grönhoff, der kürzlich einen Autounfall hatte, bei dem die Schwefel seines Flugamernden Mittel den Tod fand, hat am Karfreitag, anstehend in einem Depressionszustand wegen dieses Unfalles, versucht, sich auf dem Truppenübungsplatz bei Darmstadt mit Leuchtgas zu vergiften. Sein Zustand ist lebensgefährlich.

Ein Wal von ungefähr 12 000 Pfund wurde am Karfreitag in der Elbmündung, wie aus Cuxhaven verlautet, von einem Bergungsdampfer erbeutet. Der Wal war zwischen den Staaten dicht unter Land auf Grund geraten und bemühte sich vergeblich, wieder loszukommen.

In Jena hat der Oberlandesgerichtsrat Dr. Wilhelm Meuter, der mit seiner Frau in Scheidung lebte, diese, seine beiden noch nicht schulpflichtigen Kinder, seine bei ihm wohnenden Eltern, eine in der Wohnung anwesende Bekannte und sich selbst erschossen. Sechs Personen wurden waren sofort tot, die siebente starb im Laufe der Nacht.

Der Direktor der Berliner Verkehrs-Gesellschaft, Brölat, der, wie bekannt, bei seiner Zeugenerhebung im Harez-Prozess nicht bereidigt worden war, hat den Aufsichtsrat der VBG. schriftlich um Verurteilung gebeten, bis das gegen ihn schwebende Untersuchungsverfahren beendet sei.

Beim Brand einer Scheune, die von Obdachlosen in Neual (Eiltand) als Nachtquartier benutzt wurde, kamen neun Menschen in den Flammen um. Es ist möglich, daß unter den Trümmern noch mehr Leichen gefunden werden.

Im Großaltdorfer-Gebiet wurden zwischen dem Riffellor und der Oberwalder Hütte drei Fährfahrer, zwei Männer und eine Dame, die sich bei Nebel und Schneetreiben in diesem unübersichtlichen Gletschergebiet verirrt hatten, tot aufgefunden. Ein vierter Teilnehmer wurde mit schweren Erfrierungen geortet und starb.

Maismonopol bis 1934 verlängert. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags und der Reichsrat stimmten der Verlängerung des Maisgesetzes und des Maismonopols auf zwei Jahre zu.

Kurze Nachrichten aus Baden

23. Mannheim, 26. März. Das Ehrenmitglied des Mannheimer Nationaltheaters, Paul Tietich, ist in der Nacht auf Donnerstag im Alter von 75 Jahren nach langem, schweren Leiden gestorben. Paul Tietich wirkte von Dezember 1886 bis Oktober 1914 im Mannheimer Ensemble.

24. Bauschlott (bei Forzheim), 24. März. Die Haushaltungsschule der Badischen Landwirtschaftskammer auf Schloß Bauschlott, die als Nachfolgerin der früheren großherzoglichen Schule in Baden-Baden den Namen Großherzogin-Luise-Haushaltungsschule führt, hat am 19. März ihren fünftägigen Winterkurs mit einer Schlussprüfung und Schlussfeier beendet. Mit der Prüfung verbunden war eine Anstellung von Arbeiten der Schülerinnen.

23. Oppenau (bei Offenburg), 23. März. Im Alter von 50 Jahren starb hier nach langem Leiden der Teilhaber der bekannten Holzgroßhandlung Wirt-Guber, Otto Wirt.

24. Donaueschingen, 24. März. In der Nacht auf Donnerstag gegen 11 Uhr brannte in Oberbaldingen das dem Müller Jakob Lohrer gehörende Mühlengebäude samt Wohnhaus vollständig nieder. Die Brandursache steht noch nicht fest. Vom Inventar konnte nur wenig gerettet werden. Der Gesamtschaden beträgt ungefähr 50 000 M.

Badisches Landesbheater Karlsruhe

Spielplan vom 29. März bis 3. April 1932.

Im Landesbheater:

- Dienstag, 29. März. Othello. Von Verdi. 20 bis gegen 23 (5,70 M).
- Mittwoch, 30. März. * A 23 (Mittwochmiete). Th.-Gem. I. S.-Gr. Der Widerspenstigen Zähmung. Von Shakspeare. 20 bis 22.15 (4,20 M).
- Donnerstag, 31. März. * D 24 (Donnerstagsmiete). Th.-Gem. II. S.-Gr. Zum erstenmal: Sprung über Sieben. Komödie von Hans J. Rehfisch. 20 bis 22.30 (4,20 M).
- Freitag, 1. April. * F 24 (Freitagmiete). Der Freischütz. Von Weber. 20 bis 22.30 (5,70 M).
- Sonntag, 2. April. * C 21. Th.-Gem. I—100. Die Heirat wider Willen. Von Molière. Hierauf: Der Misanthrop. Von Molière. 20 bis 22.30 (3,50 M).
- Sonntag, 3. April. Nachmittags: Zu kleinen Preisen: Th.-Gem. 401—600. Im weißen Rössl. Schauspiel von Venachl. 15—18 (4,20 M). Abends: * B 22. Th.-Gem. 301—400. Rigoletto. Von Verdi. 20 bis 22.30 (6,30 M).

Im Städtischen Konzerthaus:
Dienstag, 29. März. * Sommer von einst. Operette von Rajtai. 20 bis 22.30 (2,60 M).
Sonntag, 3. April. * Sommer von einst. Operette von Rajtai. 19.30 bis 22 (2,60 M).

In der Städtischen Festhalle:
Samstag, 2. April. Zum 200. Geburtstag von Joseph Haydn: Die Schöpfung. 20 bis 22 (0,50—2,00 M).

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.
Bekämpfung politischer Ausschreitungen, hier Parteifahrten.

Auf Grund des § 29 des badischen Polizeistrafgesetzbuchs in der Fassung des Gesetzes vom 26. Februar 1931 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 45) wird verordnet:

Die Geltungsdauer der Verordnung vom 9. Januar 1932 über die Bekämpfung politischer Ausschreitungen (Parteifahrten) — Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 88 — wird bis einschließlich 17. April 1932 verlängert.

Karlsruhe, den 24. März 1932.
Der Minister des Innern
Maier

Bekanntmachung.
Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel.

Auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverfassung wird angeordnet:

Das mit Bekanntmachung vom 8. Juli 1931 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 213) erlassene, durch Bekanntmachung vom 21. September 1931 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 339) bis einschließlich 31. März 1932 erstreckte Verbot von Aufsammlungen und Versammlungen unter freiem Himmel wird bis einschließlich 17. April 1932 verlängert.

Karlsruhe, den 24. März 1932.
Der Minister des Innern
Maier

Bekanntmachung.
Bekämpfung politischer Ausschreitungen, hier Geländebungen und Märsche.

Auf Grund des § 29 des badischen Polizeistrafgesetzbuchs in der Fassung des Gesetzes vom 26. Februar 1931 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 45) wird verordnet:

Die Geltungsdauer der Verordnung vom 8. Dezember 1931 über Bekämpfung politischer Ausschreitungen (Geländebungen und Märsche) — Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 445 — wird bis einschließlich 30. Juni 1932 verlängert.

Karlsruhe, den 24. März 1932.
Der Minister des Innern
Maier

Die im März 1932 abgehaltene Gerichtsvollzieherprüfung haben folgende Gerichtsvollzieheranwärter bestanden: Eugen Diez aus Tullingen, Wilhelm Fischer aus Gallingen, Josef Gruber aus Bergzell, Heinrich Daag aus Hemsbach, Arthur Jene aus Karlsruhe, Johann Paul aus Aach, Georg Schulz aus Worms, Raimund Trost aus Mülhausen, Albert Zimmermann aus Schönau i. Schw.

Karlsruhe, den 24. März 1932.
Der Justizminister
J. A. Göb

Lebensrettung.

Dem Volksschüler Josef Baum in Mannheim, Eichelsheimer Straße 28, der am 15. Februar 1932 durch mutiges, entschlossenes Handeln den 9 Jahre alten Volksschüler Roman Adam Raimund Eder aus Mannheim vom Tode des Ertrinkens im Vellentrappen in Mannheim gerettet hat, spreche ich hiermit eine öffentliche Belobung aus.

Mannheim, den 21. März 1932.
Der Landesminister:
Dr. Scheffmeier.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:

Beförderung:

Die Amtsbezeichnung „Vizepräsident“ dem Stellvertreter des Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Baden, Obergerichtsrat Wilhelm Pfisterer.

Justizministerium.

Ernennung:

Kaufmann Adolf Wiffer in Karlsruhe zum Handelsrichter, Kaufmann Heinrich Bierbrodt und Bankdirektor Dr. h. c. Richard Beck in Karlsruhe zu Handelsrichterstellvertretern bei den Kammern für Handelsfachen beim Landgericht Karlsruhe.

Beförderung:

Justizinspektor Peter Wör beim Amtsgericht Mannheim zum Notariat Weinheim.

Entlohnung auf Antrag:

Bankdirektor a. D. Dr. Ferdinand von Zuccalmaglio in Mannheim von seinem Amt als Handelsrichter bei den Kammern für Handelsfachen beim Landgericht Mannheim.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:

Oberwachmeister Johann Gottlieb beim Amtsgericht Mosbach auf 1. Juni 1932.

In den einstweiligen Ruhestand versetzt auf Antrag:

Justizoberinspektor Eward Einide bei den Strafanstalten in Freiburg auf 1. Mai 1932.

17. Offenburger Zentralzuchtviehmarkt

Zuchtvieh-Ausstellung

L. 750
am Dienstag, den 10. Mai 1932 in Offenburg. Marktbeginn 10 Uhr vormittags. Prämierung am Tage vorher.

Mittelbadischer Fleckviehzuchtverband

Bekanntmachung.

Ordentliche Mitgliederversammlung der Haftpflichtversicherungsanstalt der Bad. Landwirtschaftskammer betr.

Die auf Freitag, den 8. April 1932, vorm. 1/12 Uhr festgesetzte Mitgliederversammlung der Haftpflichtversicherungsanstalt der Badischen Landwirtschaftskammer wird auf

Sonntag, den 9. April 1932, vorm. 1/12 Uhr verlegt.

Der Vorsitzende:

Dr. Graf Douglas.

Bekanntmachung.

11. Ordentliche Mitgliederversammlung des Lebensversicherungsvereins der Badischen Landwirtschaftskammer betr.

Die auf Freitag, den 8. April 1932, 12.45 Uhr festgesetzte Mitgliederversammlung des Lebensversicherungsvereins der Badischen Landwirtschaftskammer wird auf

Sonntag, den 9. April 1932, 12.45 Uhr verlegt.

Der Vorsitzende:

Dr. Graf Douglas.

Bekanntmachung.

Milchwirtschaftlicher Zusammenschluß für das Verbrauchergebiet Waldshut-Säckingen.

Auf Grund der Verordnung des Herrn Ministers des Innern vom 18. März 1932 Nr. 24788, Karlsruher Zeitung (Bad. Staatsanzeiger Nr. 67 vom 19. März 1932) sind im Verbrauchergebiet Waldshut-Säckingen

- a) sämtliche Vereinigungen von Milchzeugern,
- b) alle einer derartigen Vereinigung nicht angeschlossenen Milchzeugern,
- c) die Milch be- und verarbeitenden Betriebe, die in dem in § 2 bezeichneten Zusammenschlußgebiet ihren Sitz haben oder begründen,

zu einer Vereinigung zusammenzuschließen.

Das Gebiet des Zusammenschlusses umfaßt a) den Amtsbezirk Waldshut, b) den Amtsbezirk Säckingen.

Nach § 4 der Verordnung führt bis zur Bestellung eines Vorstandes nach den Vorschriften der Satzung (Bad. Staatsanzeiger Nr. 67 vom 19. März 1932) der Vorstand der Milchzentralgenossenschaft Waldshut-Säckingen die Geschäfte.

Auf Grund dieser Verordnung laden wir hiermit die oben näher bezeichneten Milchzeugern und Milchzeugervereinigungen zu einer am Dienstag, den 19.

April 1932, nachmittags 3 Uhr im Gesellschaftsraum im Waldshut stattfindenden Mitgliederversammlung ein.

Tagesordnung:

1. Feststellung der Mitglieder, und Prüfung des Wahlrechts.
 2. Befassung der Satzung.
 3. Wahl von 5 Vorstandsmitgliedern.
 4. Wahl von 3 Verwaltungsratsmitgliedern.
- Die Bürgermeisterämter derjenigen Gemeinden, in denen die Milchzeugern ihre Milch nicht ausschließlich im Haus verkaufen, werden ersucht, bis 10. April 1932 an die unterzeichnete Geschäftsstelle eine Aufstellung über die in ihrem Gemeindebezirk wohnhaften Milchzeugern, die ihre Milch nicht unmittelbar im Betrieb an Verbraucher als Trinkmilch abgeben, einzufenden. Die Aufstellung muß enthalten: Vor- und Nachname des Milchzeugers sowie die tägliche durchschnittliche Literzahl der in Verkehr gebrachten Milch. Mit dieser Aufstellung haben die Milchzeugern der betreffenden Gemeinden gleichzeitig einen mit Vollmacht versehenen Vertreter der Milchzeugern für den Verwaltungsrat des Zusammenschlusses (§ 9 der Satzung) zu benennen.

Diejenigen Gemeinden, in denen die Milchzeugern ihre Milch ausschließlich im eigenen Betriebe verbrauchen oder abgeben, werden vorläufig von dem Zusammenschluß nicht betroffen.

J. A.: Milchzentralgenossenschaft Waldshut-Säckingen e. G. m. b. H. gez. Schmid. gez. Raft. gez. Kaiser. Geschäftsstelle: Geschäftsführer Kaiser, Molkerei G. m. b. H., Waldshut.

Badisches Landesbheater

Sonntag, den 27. März 1932

Außer Miete

Neu einstudiert

Jauht II. Teil

Von Goethe

Regie: Baumbach

Ritwirfende:

Vertram, Ehardt, Er-

marth, Erdig, Frauenhofer,

Genter, Rabemacher,

Seiling, Hum, Friß, Hofer,

O. Höder, Kraker, Brand,

Ernst, Gemmede, Herz, Hiel,

Höder, Kiencher, Koeble,

Kubne, Luther, Mehner,

P. Müller, Prüter, Schulze,

v. d. Trend, G. Müller, Kub,

Schöntaler

Anfang 18 Ende 22

Preise C (0,90—4,90 M)

Montag, den 28. März 1932

Nachmittags

Zu kleinen Preisen

Im weißen Rössl

Singspiel von Venachl

Dirigent: Schwarz

Spielleitung: Herz

Ritwirfende:

Blant, Genter, Seiberlich,

Kant, Seiling, Müllich,

Brand, Ernst, Gemmede,

J. Gröbinger, Höder, Kain-

bach, Gopach, Koeble,

Luther, Mehner, P. Müller,

Prüter, Hölzer, G. Gröb-

inger, Jung, Lilian Klein-

hub, Kub, Lindemann,

Meyer, H. Müller, Ragel,

Sonntag.

Anfang 15 Ende 18

Preise B (0,70—4,20 M)

Abends:

Außer Miete

Der Zigeunerbaron

Romische Oper

von Joh. Strauß

Dirigent: Strips

Spielleitung: Pruschka

Ritwirfende:

Hirschbach, Haberlorn, Reich-

Dörich, Burt, J. Gröbinger,

Gopach, Kiefer, Rentwig,

Schoepflin, Straß, G. Gröb-

inger, Milian, Lindemann,

Schäfer.

Anfang 19 1/2 Ende 22

Preise E (1—6,30 M)

Im Städt. Konzerthaus

Sonntag, den 27. März 1932

Zum erstenmal

Sommer von einst

Operette von Rajtai

Dirigent: Schwarz

Regie: Schwarz

Ritwirfende:

Jant, Seiberlich, Burt,

Deilmuth, Kuhlmann, Linde-

mann, G. Rivinius, Tubach,

Gopach, Kiefer, Löfer,

Meiter, Schniger, Meier,

Migutka, Lindemann,

Oßfenkiel

Anfang 19 1/2 Ende 22

I. Parkett 2,60 M

Montag, den 28. März 1932

Zur goldenen Liebe

Operette von Venachl

Dirigent: Stern

Regie: Herz

Ritwirfende:

Genter, Jant, Seiberlich,

Seiling, Friß, O. Höder,

Brand, Koeble, Kiencher,

Luther, Löfer, P. Müller,

Mehner, Prüter, Schulze,

v. d. Trend, G. Müller, Seibert

Anfang 19.30 Ende 22.15

I. Parkett 2,60 M

Eine Probe Lebensdeutung frei für Leser dieses Blattes.

Der wohlbekannte Astrologe Prof. Roxroy hat sich wieder entschlossen, für die Bewohner dieses Landes ganz kostenfreie Probe-Horoskope ihres Lebens auszuarbeiten.

Prof. Roxroys Ruhm ist so weit verbreitet, daß er wohl kaum mehr einer Einführung durch uns bedarf. Seine Fähigkeit, das Leben anderer zu deuten, einerlei wie weit entfernt sie auch von ihm wohnen mögen, soll an das Wunderbare grenzen.

Selbst Astrologen von verschiedenen Nationalitäten und Ansehen in der ganzen Welt sehen in ihm ihren Meister und folgen in seinen Fußstapfen. Er zählt Ihre Fähigkeiten auf, sagt Ihnen, wie und wo Sie Erfolge haben können, und erwähnt die günstigen und ungünstigen Epochen Ihres Lebens.

Seine Beschreibung vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Ereignisse wird Sie in Stunen versetzen und Ihnen helfen.

Herr Paul Stahmann, ein erfahrener Astrologe, Ober-Niewiadom, sagt:

„Die Horoskope, die Herr Prof. Roxroy für mich aufgestellt hat, sind ganz der Wahrheit entsprechend. Sie sind ein sehr gründliches, wohlgelegenes Stück Arbeit. Da ich selbst Astrologe bin, habe ich seine planetarischen Berechnungen und Angaben genau untersucht und gefunden, daß seine Arbeit in allen Einzelheiten perfekt, er selbst in dieser Wissenschaft durchaus bewandert ist.“

Wenn Sie von dieser Sonderofferte Gebrauch machen und eine Leseprobe erhalten wollen, senden Sie einfach Ihren vollen Namen und genaue Adresse ein, nebst Tag, Monat, Jahr und Ort Ihrer Geburt (alles deutlich und eigenhändig geschrieben) sowie Angabe ob Herr, Frau oder Mädchen, und nennen Sie den Namen dieser Zeitung. Geld ist nicht notwendig. Sie können aber, wenn Sie wollen, 1 RM. in Briefmarken Ihres Landes (keine Geldmünzen einschließen) mitsenden zur Bestreitung des Portos und der Schreibgebühren.

Adressieren Sie Ihren Brief an Prof. ROXROY, Dept. 8183 D Emmastraat 42, Den Haag (Holland). Briefporto nach Holland 25 Rpf.)

L. 772



Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der Badischen Regierung der

KARLSRUHER ZEITUNG

BADISCHER STAATSANZEIGER

Groß. Frühjahrszuchtviehmarkt in Meßkirch (Oberbaden)

Dienstag, den 3. und Mittwoch, den 4. Mai 1932
Auftrieb über 500 ausgewählte Farren, Rinder und Kalbinnen mit Abstammungsnachweisen
Günstige Einkaufsgelegenheit bester Zuchtstiere
Marktbeginn 9. V., vorm. 11 Uhr; Marktschluß 4. V., mittags 12 Uhr
L. 740

Meßkirch, den 3. März 1932

Direktion der Zuchtgenossenschaft

Gemeinderat

Druck G. Braun, Karlsruhe